Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 12 — Freitag, den 20. Januar 1928 — 46. Jahrgang

Die neue Koalitionsregierung in Danzig

Nächste Woche programmatische Erklärung des Kabinetts

Danzig. Die Mittwoch-Plenarsitzung des neugewählten Danziger Volkstages nahm die Wahl des neuen parlamentarischen Senats vor, der aus 8 Sozialdemokraten, vier Zentrumsangehörigen und zwei Liberalen besteht. Die Deutschnationalen nahmen an der Abstimmung für den neuen Senat nicht teil. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Senats wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Buchdruckereibesitzer Gehl mit 68 Stimmen, der drei Koalitionsaprteien von 78 abgegebenen Stimmen gewählt. Die übrigen Stimmen entfielen auf die Kommunisten. Zu Senatoren wurden gewählt: Landgerichtsdirektor Dr. Kamnitzer (Soz.), Gewerkschaftssekretär Grünhagen (Soz.), Bürgermeister Neek (Soz.), Bürgermeister Kamminger (Soz.), Gewerkschaftssekretär Arczynski (Soz.), Landgerichtsdirektor Dr. Zint (Soz.), Zimmerer Rehberg (Soz.), Weingroßhändler Fuchs (Z.), Gewerkschaftssekretär Formell (Z.), Rechtsanwalt Kurowski (Z.), Dekan Sawatzki (Z.), Kaufmann Jewelowski (Dt. Lib.), Kaufmann Siebenfreund (Dt. Lib.).

Die neue Regierung wird sich voraussichtlich nächste Woche dem Volkstage vorstellen und eine Erklärung abgeben, worauf die Debatte über das Regierungsprogramm ihren Anfang nehmen wird.

England über die Lage im Elsaß

London. Die „Times" nimmt die Einladung Poincarees zu dem am 12. in Straßburg stattfindenden Bankett zum Anlaß, um sich mit der Lage im Elsaß zu befassen. Das Blatt behauptet, daß es in Wirklichkeit keine elsässische Frage gebe. Das elsässische Volk sei bis ins Mark Loyal gegenüber Frankreich, darüber könne kein Zweifel bestehen. Die Ablösung der deutschen Verwaltung durch die französische habe unvermeidlicher Weise Härten gebracht, aber diese Härten und die mit dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit seien in weitem Ausmaße wieder beseitigt. Die „Times" befaßt sich dann näher mit den der Lösung harrenden Hauptproblemen im Elsaß, der Sprachen- und der Religionsfrage, die auch Frankreich ständig in zwei feindliche Lager teile. Weiter beschäftigt sich die „Times" mit den Bestrebungen der elsässischen Volkspartei, wobei sie der Auffassung eines Teiles dieser Partei zustimmt, daß die früheren Mitglieder des Heimatbundes oder wenigstens diejenigen unter ihnen, die nach 1926 ihre Intrigen gegen Frankreich fortgesetzt hätten, aus der Union ausgeschlossen werden müßten. Seinen sehr eindeutig frankophilen Artikel schloß das Blatt mit der Bemerkung, daß die elsässischen Probleme wie die elsässische Volkspartei mit allem Nachdruck betone, eine französische und nur eine französische Frage seien.

Der Inhalt der litauischen Note

Warschau. Wie aus Kowno gemeldet wird, enthält die dem polnischen Sonderdelegierten überreichte litauische Antwortnote im ersten Teil eine ausführliche Darlegung und Kommentierung der Genfer Abmachungen. In der Note wird dann weiter erklärt, daß Polen in zwei Punkten diese Abmachungen nicht gehalten habe. Einmal hätten die aus dem Wilnagebiet ausgewiesenen Litauer bisher nicht die Möglichkeit zur Rückkehr erhalten, zum anderen Male habe Polen die Emigrantenarmee unter Führung Pletschkaitis nicht aufgelöst, sondern es befinden sich weiterhin Truppenabteilungen in litauischen Uniformen im Lager von Lida bei Grodno. Woldemaras erklärt dann weiter, daß die polnischen Vorschläge bezüglich des Verhandlungsgegenstandes nicht genügend seien und richtet an Polen die Frage, ob die polnische Regierung geneigt sei, die Entschädigungsfrage für die durch die Besetzung des Wilna-Gebietes entstandenen Schäden in das Verhandlungsprogramm mit aufzunehmen. Bezüglich der in der polnischen Note enthaltenen Vorschläge fragt die litauische Regierung an, ob Polen die Verhandlungen mit oder ohne Beteiligung des Völkerbundes führen wolle. Im ersteren Falle müßten Zeit und Ort der Verhandlungen im Einverständnis mit dem Völkerbund festgesetzt werden. Eine Kopie der Antwortnote ist von Woldemaras dem Generalsekretär des Völkerbundes übersandt worden.

Der panamerikanische Kongreß

Neuyork. In Havanna wurde Mittwoch die vierte Geschäftssitzung des panamerikanischen Kongresses feierlich eröffnet. Nach der Wahl von Ausschüssen hielt unter großem Applaus Ortiz eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die Vereinigten Staaten in Havanna Arbeit für die ganze Welt leisten würden. Dies sei unbestreitbar, wenn auch einige europäische Nationen auf Havanna mit Zweifel blicken würden.

Zum Präsidenten des Kongresses wurde der Kubaner Bustamentes gewählt. Einer seiner Gegenkandidaten war Staatssekretär Hughes. Die Sitzung wurde mit Dankworten Hughes für die warme Aufnahme des Präsidenten Coolidge in Havanna geschlossen. Der Staatssekretär erklärte nebenbei, daß die Welt von der Havannakonferenz nicht zu viel erwarten solle.

In privaten Unterredungen weisen die amerikanischen Delegierten immer wieder darauf hin, daß die Nikaraguafrage eine inneramerikanische Frage sei. Die Regierung und die stärkste Partei Nikaraguas hätten selbst um die Entsendung amerikanischer Truppen gebeten.

Wie es heißt, beabsichtigen Mexiko, Salvador und Haiti, nach wie vor die Definition des Begriffes: „Interventon" auf die Tagesordnung zum Kongreß zur Debatte zu stellen.

Die Kleine Entente gegen Ungarn

Genf. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, hat die ständige Delegation der Tschechoslowakei beim Völkerbund im Laufe des Freitags vormittags telegraphisch von der Prager Regierung die Instruktion erhalten, beim Generalsekretariat des Völkerbundes offiziell eine Untersuchung des ungarischen Waffentransportes bei der Station St. Gotthardt zu beantragen. Die Demarche des tschechoslowakischen Delegierten wird jedoch erst erfolgen, nachdem die Delegierten Jugoslawiens und Rumäniens beim Völkerbunde die gleichen Instruktionen von ihren Regierungen erhalten haben. Die drei Delegierten der Kleinen Entente werden sodann beim Völkerbund in einem Kollektivschritt in gleichlautenden Noten den Antrag der Mächte der Kleinen Entente auf Eröffnung des Investigationsverfahrens gegen Ungarn einbringen. Man nimmt an, daß die Demarche noch im Laufe des heutigen Tages oder am morgigen Tage erfolgen wird.

Um den nicaraguanischen Konflikt

Neuyork. Bei den auf der Panamerikanischen Konferenz vertretenen südamerikanischen Staaten besteht starke Abneigung gegen die Anregung der panamerikanischen Union, größere Vollmachten zu geben. Besonders heftig ist die Opposition von seiten Argentiniens, Brasiliens und Chiles, die darauf hinweisen, daß bestimmte Südamerika betreffende politische Fragen unmöglich vor der panamerikanischen Konferenz behandelt werden könnten. Chile beispielsweise würde eher aus der panamerikanischen Union austreten, als seine Zustimmung dazu geben, daß seine Differenzen mit Peru in der Tacna-Arica-Frage durch die Union besprochen würden. Auch die Vereinigten Staaten sind gegen eine Erweiterung der politischen Vollmachten der panamerikanischen Union, da dies die Umwandlung der Union in einen amerikanischen Völkerbund bedeuten würde.

Was die amerikanische Politik gegenüber Nikaragua anlangt, so rechnet man, obwohl einige lateinamerikanische Staaten nicht abgeneigt scheinen, diese Frage in irgendeiner Form auf der Konferenz zur Sprache zu bringen, kaum damit, daß es dazu kommen wird, weil die größeren lateinamerikanischen Staaten ebenso wie Nordamerika alles vermeiden wollen, was der Konferenz größere politische Bedeutung geben könnte.

Der Papst im Dienste des Faschismus

Verbot des deutschsprachigen Religionsunterrichtes in Südtirol.

Bozen. Das königliche Schulamt von Triest, dem auch das Schulwesen von Südtirol untersteht, hat den fürstbischöflichen Ordinariaten von Trient und Brixen den Regierungsbeschluß mitgeteilt, nach dem in Zukunft in sämtlichen Volksschulen des deutschen Sprachgebietes in Südtirol der Religionsunterricht ausschließlich in italienischer Sprache erteilt werden muß. Im größten Teil des Landes dürfe der Religionsunterricht auch seit der im Herbst 1923 begonnenen Italienisierung der Volksschulen bisher noch in deutscher Sprache erteilt werden. Nun nimmt die Regierung alle, sowohl dem Heiligen Stuhl, wie den Landesbischöfen in dieser Hinsicht gemachten Zugeständnisse zurück und verbietet ausnahmslos den Religionsunterricht in der Muttersprache. Gleichzeitig hat das Schulamt in Trient an die Schulleitungen Südtirols den Gebrauch deutscher Lehrbücher (Katechismen) verboten.

Pan-Amerika

Zum 6. panamerikanischen Kongreß in Havanna.

Buenos Aires, Ende Dezember.

Unter Umständen, die der friedlichen Verständigung der amerikanischen Völker nicht besonders günstig sind, tritt in der kubanischen Hauptstadt Havanna am 16. Januar der 6. Panamerikanische Kongreß zusammen.

Der innerste Kern dieser Tagung, die periodisch wiederkehrt, ist, alles, was die amerikanischen Völker trennt, zu beseitigen, um eine große, starke, nur dem Frieden dienende amerikanische Völkerfamilie zu schaffen. Dieses hohe Ziel ist in dem vierzigjährigen Bestehen der Panamerikanischen Union noch nicht erreicht worden, und man wird ihm auch auf der gegenwärtigen Tagung nicht viel näher kommen. Das Hindernis bilden die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit ihrer offen betriebenen imperialistischen Politik in Mittelamerika, besonders aber gegen die Republik Nikaragua, die amerikanischen Völker äußerst mißtrauisch gemacht haben. Was Nikaragua vor wenigen Monaten passierte, kann einer jeden anderen mittelamerikanischen Republik in absehbarer Zeit widerfahren. Dieses Mißtrauen hat sich aber bei den fünf Isthmusstaaten jetzt in Furcht verwandelt, so daß sie Mitte Dezember übereinkamen, ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten zurückzustellen und sich diplomatisch in Verteidigungsstellung gegenüber einer möglichen nordamerikanischen Intervention zu begeben.

Eine solche Intervention, die sich kaum von der in Nikaragua durchgeführten unterscheiden würde, wäre aber möglich, wenn sich beispielsweise Honduras, Guatemala, Kosterika, Venezuela und Panama über ihre zahlreichen Grenzstreitigkeiten nicht einigen würden. Dann den Frieden aufrechtzuerhalten, die uneinigen Länder ebenso zu besetzen wie Nikaragua.

Mißtrauen und Furcht werden also die Kongreßverhandlungen wesentlich beeinflussen, und Washington hat auch tatsächlich getan, sie nicht nur zu zerstreuen, sondern noch größer zu gestalten. Allein die Zusammensetzung der nordamerikanischen Delegation hat in Süd- und Mittelamerika überrascht. Steht sie doch unter der Führung des früheren Staatssekretärs Hughes, dem der neue Botschafter in Mexiko, Morrow, der Botschafter in Rom, Fletscher, der den Vorsitz auf dem 5. Panamerikanischen Kongreß in Santiago de Chile führte, ferner der ehemalige Delegierte zur Washingtoner Flottenkonferenz, Oskar Underwood, der Völkerrechtssachverständige Morgan J. O'Brien und der Verfasser des zur Behandlung stehenden Kongreßprogramms, James Brown Scott, zur Seite stehen. Ein jeder dieser Männer verkörpert ein imperialistisches Programm. Grund genug, um die schwachen amerikanischen Völker mit einem bis zur Furcht gesteigertem Mißtrauen zu erfüllen, namentlich da sich Präsident Coolidge entschlossen hat, an der Kongreßeröffnung persönlich teilzunehmen. Das erhärtet die Meinung, daß Washington dem Kongreß ein besonderes Gepräge gibt, weil es besondere Ziele anstrebt.

Nach den Grundsätzen der Panamerikanischen Union ist die Gleichberechtigung und Souveränität aller Migliederstaaten oberstes Prinzip. In Washington versteht man aber darunter: gleiches Recht und Souveränität nur denjenigen, die sich der Washingtoner Mittel- und Südamerikapolitik nicht widersetzen. Kolumbien hat das im Jahre 1903 durch die von den Vereinigten Staaten betriebene Abtrennung eines 86 250 Quadratkilometer großen Gebietsteiles verspürt, der als Republik Panama der Liste unabhängiger Staaten einverleibt wurde. Wie aber diese Unabhängigkeit beschaffen ist, schildert der panamenser Außenminister auf der letzten Völkerbundsversammlung. Die „Gleichberechtiguig und Souveränität" der Republik Nikaragua wird durch die bewaffnete Intervention und dauernde militärische Besetzung durch die Vereinigten Staaten der Welt kundgemacht.

Peru, Bolivien und Chile geben durch den Schiedsspruch Coolidges über Tacna und Arica weitere Beweise von der Washingtoner Auffassung des obersten Prinzips der Panamerikanischen Union! Und schließlich zeigt auch der heroische Kampf Mexikos gegen die imperialistischen Bestrebungen der Vereinigten Staaten, welches Schicksal die Dollardiplomatie den lateinamerikanischen Staaten zugedacht hat. Das alles hat in Südmerika einen so tiefen Antagonismus gegen den „großen Bruder" im Norden geschaffen, daß die führenden Politiker fast aller Parteien schon ganz offen erklären, der Panamerikanismus habe aufgehört zu bestehen! An seiner Stelle wird denn auch schon in allen mittel- und südamerikanischen Republiken die Gründung einer „Lateinamerikanischen Union" mit der ständig wachsenden Tendenz betrieben, eine enge Verbindung mit Deutschland, Frankreich und England zu suchen.

Politiker, die im Dienste des Yankeeimperialismus stehen — und deren gibt es ziemlich viele —, geben sich Mühe, diese Bewegung zum Zusammenschluß aller lateinamerikanischen Staaten so hinzustellen, als ob sie die Gründung eines amerikanischen Völkerbundes zum Ziele hätte. Das ist aber durchaus falsch!

Einen solchen „Völkerbund" möchte wohl Nordamerika haben, Lateinamerika aber, soweit es nicht schon dem Genfer Völkerbund angeschlossen ist, neigt immer mehr diesem Friedensinstitut zu. Es hat während eines ganzen Jahrhunderts gesehen und am eigenen Leibe verspürt, wie Nordamerika in beiden Hemisphären konsiquent eine imperialistische Politik verfolgt, wie es durch Eroberungskriege seine Grenzen nach Westen und Süden vorgeschoben und durch kampflosen Erwerb benachbarter Gebiete seinen Einfluß vertieft hat. Selbst in der englischen Dominion Kanada breitet sich der nordamerikanische Einfluß immer stärker aus. „Ganz Amerika für Nordameika" ist der neue Sinn der Monroedoktrin und der Schlüssel der Washingtoner Politik am Kontinent. Präsident Coolidge hat das im Laufe seiner Präsidentschaft, besonders aber im letzten Jahre, durch seine Reden und Botschaften bewiesen.

Der nordamerikanische Kapitalismus hat sich durch den Weltkrieg nicht nur die Stellung des führenden Fabrikanten und Kaufmanns in der Welt erobert, sondern auch zum Bankier der Welt gemacht. Seitdem hat er sein ökonomisches Uebergewicht noch bedeutend vermehrt. Die industrielle Produktion der Vereinigten Staaten geht weit über den eigenen Bedarf hinaus und gleichzeitig ist das überschüssige Kapital gewaltig angewachsen. Die süd- und mittelamerikanischen Länder bieten aber ein neues und fruchtbares Feld für die Aufnahme des nordamerikanischen Ueberschusses an Industrieprodukten und an Geld. Und nun führt Nordamerika den Feldzug zur „wirtschaftlichen Durchdringung Lateinamerikas" mit seiner Dollardiplomatie rücksichtslos durch.

Die Kernfrage, die sich wie ein roter Faden durch die Verhandlungen des 6. Panamerikanischen Kongresses ziehen wird, ist, ob „Lateinamerika" den Lockungen und Drohungen der Dollardiplomatie wird widerstehen können. Auf dem 5. Kongreß in der chilenischen Hauptstadt hat dieses Ringen der lateinamerikanischen Völker mit dem nordamerikanischen Imperialismus begonnen, und seitdem hat Präsident Coolidge wiederholt die Bereitwilligkeit des nordamerikanischen Kapitalismus erklärt, den lateinamerikanischen Staaten Anleihen zum „Ausbau der Verkehrsstraßen, zur Entwicklung der Industrien und des Handels" zu gewähren.

Aber Nordamerika hat auf dem 5. Panamerikanischen Kongreß durch seinen Wegmacher in Südamerika, Brasilien, erreicht, daß eine Aera des „bewaffneten Friedens" begonnen wurde. Argentinien, Uruguay und Chile haben sich, von Mexiko unterstützt, der brasilianischen Rüstungspolitik energisch widersetzt, allein der nordamerikanische Einfluß war stärker. Seitdem haben sich Bolivien und Peru ganz, Chile aber recht beträchtlich der Rüstungspolitik angeschlossen, und auch Argentinien hat seine Rüstungen in einer Weise „modernisiert", die stark beunruhigt.

Argentinien ist es um seine politische Unabhängigkeit nicht bange, vielleicht aber um seine wirtschaftliche. Sollte die in Santiago de Chile inaugurierte nordamerikanisch-brasilianische Rüstungspolitik in Havanna sanktioniert werden, dann würde ganz Lateinamerika in die Notwendigkeit versetzt, einen allzu großen Teil seiner staatlichen Einnahmen auf unfruchtbare Rüstungen zu verwenden. Dann würde wirtschaftlich eine Situation geschaffen, die dem nordamerikanischen Kapitalismus zustatten käme, weil die von Natur aus schwachen Staaten gezwungen wären, Anleihen im Auslande aufzunehmen. Die nordamerikanische Hochfinanz hätte dann Südamerika dort, wo sie es schon lange haben will: bei der Preisgabe seiner Bodenschätze an den wirtschaftlichen und der Beschränkung seiner Souveränitätsrechte zugunsten des politischen Imperialismus der Vereinigten Staaten!

So wird der im Jahre 1861 von dem nordamerikanischen Staatssekretär James G. Blain in die Welt gesetzte Gedanke von der Panamerikanischen Union am 6. Panamerikanischen Kongreß seine Feuerprobe zu bestehen haben. Besteht Washington auf der Durchsetzung seiner gegen Südamerika gerichteten Politik, dann wird Havanna zum Ausgangspunkt einer lateinamerikanischen Bewegung werden, deren Folgen nicht zu überblicken sind. Trotzdem, ein Erfolg ist dem 6. Panamerikanischen Kongreß sicher: der Beweis, daß der Imperialismus Nordamerikas den Fortschritt der süd- und mittelamerikanischen Länder hindert. Die Unterwerfung Nikaraguas und die schweren Eingriffe in die Souveränität Mexikos wird Washington in Havanna rechtfertigen müssen.

Abbruch der persisch-türkischen Verhandlungen

London. Nach einer Meldung der „Times" aus Konstantinopel sind die seit einiger Zeit in Angora im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Persien und der Türkei zum Stillstand gekommen. Die Hauptfrage bei den Verhandlungen bildete die Frage einer Grenzveränderung und des Status der in der Nähe der Grenze lebenden Kurdenstämme. Für den ungünstigen Ausgang der Verhandlungen dürften im Wesentlichen die verschiedenen türkisch-persischen Grenzzwischenfälle im Herbst 1927 mit anschließendem Austausch scharfer Noten mitbestimmend gewesen sein.

Poincaree stimmt die Heeres-Kommission um

Paris. Ministerpräsident Poincaree erschien in Begleitung Painlevees in der Herreskommission der Kammer um diese zu einem Kompromiß in der Frage der gesetzlichen Festsetzung des Termins für die Einführung der einjährigen Militärdienstzeit zu bewegen. Die Kommission, die sich bisher zum Kriegsminister in scharfem Gegensatz befand, weil dieser eine Festsetzung des Termins ablehnte, stimmte schließlich dem von Poincaree angeregten Wortlaut des fraglichen Gesetzesartikel mit 17 zu 4 Stimmen zu. Die einjährige Militärdienstzeit wird also gesetzlich für den 30. November 1930 festgesetzt, aber es soll zu deren praktischer Durchführung nur unter der Voraussetzung geschritten werden, daß die hierfür notwendig erkannten Bedingungen erfüllt sind. Damit halten beide Parteien, Heereskommission und Regierung, ihren Standpunkt aufrecht und der weitere Verlauf der Diskussion über das Armeerekrutierungsgesetz dürfte auch im Plenum der Kammer auf keine weiteren Schwierigkeiten mehr stoßen.

Präsidentenwahlen im norwegischen Storthing

Oslo. Die Präsidentenwahl im Storthing hat einen unvorhergesehenen Verlauf genommen, indem der Konservative Hambro in der Stichwahl dank der Unterstützung durch die Liberale Fraktion gegen den Kandidaten der Arbeiterpartei, Hornsrud, mit 83 gegen 61 Stimmen erneut zum Präsidenten des Parlaments gewählt wurde. Noch kurz vor der Wahl hatte man geglaubt, daß der Liberale Mowinckel mit den Stimmen der Sozialdemokraten zum Präsidenten gewählt werden würde. Zum Vizepräsidenten wurden Oen von der Bauernpartei und Nornsrud von der Arbeiterpartei gewählt.

Lärm in der spanischen Nationalversammlung

Madrid. Die Montag-Vollsitzung der Nationalversammlung brachte bei der Diskussion der regionalistischen Politik der Diktatur heftige Zwischenfälle. Ein Redner warf der Regierung die völlige Unterdrückung der lateinischen Sprache in Schule und Kirche vor, was die katalanistischen Bestrebungen erst recht erstarken ließe. Ein anderer Redner bewies mit Originaltexten, daß die Diktatur ihre anfänglichen Versprechungen, den verschiedenen Regionen Zugeständnisse zu machen, nicht gehalten habe unter dem Vorwande, sie habe sich eines besseren belehren lassen, was bei einem Regierungschef durchaus unangebracht sei. Primo de Rivera antwortete heftig und unter Beifall der Mehrheit des Hauses auf die scharfen Angriffe. Inmitten des Lärms erklärte er schließlich, daß er jegliche Diskussion über Regionalismus in der Oeffentlichkeit und in der Presse verbiete und daß die Nationalversammlung nicht wieder ein so beklagenswertes Schauspiel darbieten werde wie heute.

König Alfons will sich scheiden lassen?

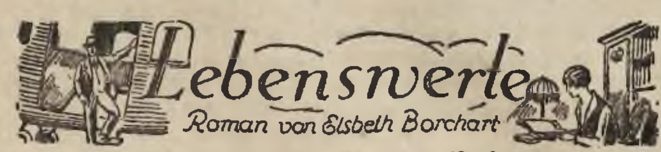
Paris. Das Pariser Mittagsblatt „La Rumeur" bringt das Gerücht, der König von Spanien wolle sich scheiden lassen. In der Ueberzeugung, daß seine Söhne, von denen der eine taubstumm und der andere von Hemophinsie befallen ist zur Regierung unfähig seien, denke Alfons XIII. daran, sich mit einer Prinzessin zu verheiraten, von der er einen Thronerben erwarten könne, der seines Namens würdig sei. Im Vatikan seien die Verhandlungen zwecks Nichtigkeitserklärung der bissherigen Ehe bereits im Gange und man spreche bereits von der zweiten Tochter des Herzogs Guise als zukünftiger Königin von Spanien. Diese Prinzessin habe Alfons XIII. bei der Vermählung der Anna von Guise mit dem Sohn des Herzogs von Apulien kennengelernt.

Das Blatt, dem die Verantwortung für diese Meldung überlassen bleiben muß, gibt ein Dementi der spanischen Botschaft voraus, erklärt aber schon jetzt seine Information voll und ganz aufrecht erhalten zu können.



Wohnungsnot auch in Wien

In der Nähe Wiens haben sich einige Familien auf einem Schuttablagerungsplatz eine Erdhöhle primitiv überbaut und hausen nun in diesen Löchern.



60. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Wie eine Posaune des jüngsten Gerichts klang diese Stimme plötzlich durch die Stille des Waldes. Entsetzt fuhr Edith herum, und sah einen Mann aus dem Dunkel der Bäume hervortreten. Er trug etwas Blitzendes in der Hand. Ein Schreckenslaut entfuhr ihr. Sie breitete die Arme wie schützend vor Hans Werner aus.

„Um Gottes willen — er ist dein Bruder!" schrie Edith, halb wahnsinnig vor Angst, rannte vorwärts und schlug ihm die Waffe aus der Hand. Ein furchtbarer Knall — Pulverdampf und darauf eine sekundenlange, unheimliche Stille.

Mit totenbleichem, verzerrtem Gesicht starrte Kurt auf die dampfende, am Boden liegende Waffe, und dann irrte sein Blick hinüber nach der Stelle, wo Hans Werner noch immer regungslos auf demselben Platz stand.

„Du also — du bist's — haha — das sind wohl die neuen Werte, denen du nachjagtest, daß du des eigenen Bruders Weib verführst — Unehre über deinen alten Namen, über dein Haus bringst?"

Hans Werner sah in das schreckhaft verzerrte Gesicht des Bruders, und wie Dolchstiche bohrten sich dessen Worte in sein Herz. Wieder erscholl das grausige Lachen Kurts. Seine Blicke suchten jetzt sein Weib, das halb bewußtlos an einem Baumstamme lehnte.

„Darum also wolltest du allein gehen in die Nacht — darum bliebst du so lange aus — Es war doch gut, daß mir plötzlich eine Ahnung kam, und ich dir nachging — haha. — Geh jetzt zurück — laß uns allein!" befahl er barsch.

Sie raffte sich auf, machte einige Schritte — zögerte und kehrte um.

„Kurt — du — du — wirst ihm nichts tun"

„Du bangst um deinen — deinen — Ehrlosel"

„Kurt — Kurt — ich will dir alles sagen — ich allein bin schuldig — er hat —"

Er blieb vor ihr stehen mit gebieterisch ausgestreckter Rechte. Da ging sie, ein gebrochenes, vor Angst bebendes Weib.

Erst als sie außer Hörweite war, trat Kurt zu Hans Werner zurück.

„Was hattest du mit jener zu schaffen?"

In seinen Augen funkelte es vor Haß und Zorn.

Ein schwerer Atemzug kam aus Hans Werners Brust. Sollte er das Weib des Bruders anklagen?

„Nichts — ich schwöre dir, Kurt — die Begegnung war eine zufällige."

„Was treibst du hier zu so später Stunde?"

Hans Werner horchte auf. So hatte Edith ihrem Gatten nichts von seinem beabsichtigten Besuch gesagt

„Ich wollte euch besuchen — ich konnte nicht ahnen —"

„Schon gut — wer sich verteidigt klagt sich an. — Ich sah genug — ich glaubte, es wäre ein anderer — hätte ich — meinen Bruder doch niemals — für einen Schurken gehalten —"

„Kurt —"

Ein schweres Aechzen kam aus Kurts Brust.

„Daß du mir das — daß du mir das antun konntest!"

Wie gebrochen stöhnte er auf, ein tränenloses Schluchzen erschütterte seinen Körper. Sekundenlang war es still zwischen den Brüdern, dann machte Hans Werner einen Schritt auf den anderen zu.

„Kurt — höre mich."

Kurt antwortete nicht.

„Ich will dir offen sagen, was zwischen uns war: — Du weißt, Edith und ich kannten uns früher, lange schon. — Wir haben uns geliebt — still fahre nicht auf — da kannte sie dich noch nicht. Unsere Beziehungen zueinander wurden aber gebrochen, ehe ich nach Amerika ging — Unterdes habe ich meine Liebe begraben, sie ist auch nicht wieder erwacht, als ich sie hier als dein Weib wiedersah. Würde es der Fall gewesen sein, so — ich schwöre es dir — wäre ich längst nicht mehr hier. Denn — die Ehre stelle auch ich noch höher als alle anderen Werte des Lebens. Edith glaubte mir eine Erklärung für damals schuldig zu sein und gab sie mir soeben. — Damit ist die Sache erledigt. Wenn du aber glaubst, du habest trotzdem etwas von mir zu fordern, so tu es — ich — ich — stehe dir zur Verfügung. Nur um eins bitte ich dich: Laß mich erst hier mein begonnenes Werk vollenden — es sind nur wenige Tage bis dahin. Dann wollte ich Helgendorf sowieso verlassen. Doch vorher magst du bestimmen."

Er hielt inne und wartete, aber Kurt antwortete nicht, nur das qualvolle Stöhnen dauerte fort.

„Kurt — was hast du beschlossen —?"

„Nichts — ich kann meinen Bruder nicht fordern. — Geh — geh, daß ich die Gewalt über mich nicht verliere."

„Ja — ich werde gehen — aber zuvor —" Hans Werners Stimme brach vor Weh — „zuvor sage mir ein gutes Wort — ich gehe vielleicht für immer"

Kurt sah flüchtig auf, aber sein Gesicht blieb finster, seine Lippen geschlossen. Hans Werner wartete vergeblich. „Gute Nacht, Kurt," sagte er da und wandte sich ab. Als er einige Schritte gemacht hatte, drehte er sich noch einmal um. Er sah, wie Kurt sich bückte um die Waffe, die Edith ihm aus der Hand geschlagen hatte aufzuheben. Mit einem Satze stand er neben ihm faßte den Revolver und schleuderte ihn in weitem Bogen ins Dickicht hinein. Kurt sah ihn mit irren Augen an und sagte nichts. Dann ging er ohne Gruß nach dem Schlosse zu.

Edith hatte die Nacht angekleidet allein auf ihrem Zimmer zugebracht. Kurt war nicht mehr zu ihr gekommen, um Rechenschaft von ihr zu fordern wie sie erwartet hatte. Bei jedem Geräusch bei jedem Laut der durch die Stille des Abends drang, war sie zusammengezuckt bis die Lichter im Schlosse gelöscht wurden und alles zur Ruhe gegangen war. Da war es wie Fieber über sie gekommen. Ein Schüttelfrost packte sie, die Zähne schlugen ihr aufeinander.

(Fortsetzung folgt.)

—:—

Sinnspruch.

Wer Schwache leiten will, der sei
Von ihrer Schwachheit selber frei.

Laurahütte u. Umgebung

Immer noch die Wahllisten!

Die Deutsche Wahlgemeinschaft hat an die Kreiswahlkommissionen der Wojewodschaft Schlesien folgendes Schreiben gerichtet:

In einer Anzahl von Gemeinden ist bei Hunderten und Tausenden von Wählern Einspruch gegen ihr Wahlrecht erhoben worden, weil angeblich Zweifel bestehen, ob die beanstandeten Wähler die polnische Staatsangehörigkeit besitzen.

Die Bezirkswahlkommissionen haben von diesem Einspruch die beanstandeten Wähler benachrichtigt mit der Aufforderung, eine Bescheinigung über die Staatsangehörigkeit beizubringen.

Die Benachrichtigung hat meistens folgenden Wortlaut:

Angesichts dessen, daß Ihre Staatsangehörigkeit angezweifelt worden ist, und sonach auch Zweifel wegen Ihres Wahlrechtes bestehen, bitten wir, gemäß Art. 37 der Wahlordnung, binnen 3 Tagen vom Tage der Zustellung dieser Benachrichtigung, jedoch nicht später als 48 Tage nach der Ausschreibung der Wahlen uns eine Bescheinigung über Ihre Staatsangehörigkeit zuzusenden.

Der Vorsitzende der Bezirkskommission."

Hieraus geht hervor, daß der Einspruchserheber die Staatsangehörigkeit der Wähler nur angezweifelt, und nicht bewiesen hat, daß die beanstandeten Wähler die polnische Staatsangehörigkeit nicht besitzen.

Nach Art. 35, Abs. 5 der Wahlordnung ist der Einspruchserheber jedoch verpflichtet, den Einspruch durch Beweise zu stützen, was in keinem Falle geschehen ist.

Unter Berufung auf den Artikel 35, Abs. 5 der Wahlordnung bitten wir die Kreiswahlkommission verfügen zu wollen, daß in allen Fällen, in denen der Einspruchserhebende diesen Einspruch durch Beweise nicht gestützt hat, die Benachrichtigungen an die betreffenden Wähler hinfällig sind und alle diese Wähler das Wahlrecht besitzen.

Die Deutsche Wahlgemeinschaft.

---

i. **Bezahlt die Stempelgebühren.** Auf Grund der Verfügung des Finanzministers vom 31. 3. 1927 (Dziennik Nr. 34, Position 303) betreffend Stempelgebühren bei Verträgen über verpachtete oder vermietete Objekte, deren Jahreswert den Betrag von 440 Zloty übersteigt, ist die erste Rate noch im Januar 28 zu bezahlen, sofern die Verträge schriftlich abgeschlossen wurden. Die hiesigen Deklarationen sind im hiesigen Finanzbüro erhältlich und müssen ausgefüllt in zweifacher Ausfertigung beim Einzahlen der Beträge dem Finanzamt vorgelegt werden. Im Falle ein und dieselben Personen zur Zahlung der Gebühr verpflichtet sind, können mehrere Verträge auf einer Deklaration enthalten sein. Bei nicht pünktlicher Bezahlung erfolgt die fünffache Erhöhung und Einziehung der zuerst veranlagten und zu zahlenden Stempelgebühr

Seinen 50jährigen Geburtstag, das sogenannte Abrahamsfest, feiert am Freitag, den 20. d. Mts., der in Siemianowitz und weit darüber bekannte Herr Franciszek Wengrzyk, Besitzer des Cafee-Restaurants gleichen Namens und Mitinhaber der Hausbesitzerbank. Wir gratulieren herzlich und wünschen alles Gute.

Zum Schutze der Schwerkriegsverletzten. Es ist kaum glaublich, daß sich immer wieder Unternehmer finden, die auf irgend eine Weise versuchen, die ihnen unbequemen Kriegsopfer aus ihren Betrieben unter Vorspiegelung irgend welcher fadenscheiniger Gründe loszuwerden. Es ist ein Glück, daß diese armen Menschen, die trotz ihrer oft großen körperlichen Gebrechen noch gern arbeiten wollen, so gut es eben geht, um nicht ganz als Bettler zu gelten, nunmehr auch für dieses Jahr durch das Gesetz geschützt werden. Durch Ministerialverfügung ist angeordnet worden, daß die bisherigen Bestimmungen über die Zwangsbeschäftigung der Schwerbeschädigten auch weiterhin Geltung besitzen. Dies mögen sich die in Frage kommenden Unternehmer gesagt sein lassen. Wer von den Kriegsbeschädigten aber trotzdem ohne jede Berechtigung aufs Pflaster geworfen wird, möge sich unter Berufung auf die Gesetzesbestimmungen mit einer Beschwerde sofort an die zuständige Staatsbehörde wenden.

i. **Sehr erfreulich** ist die unentgeltliche Einführung eines Sprachkursus der polnischen Sprache für ältere Herren, der jeden Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends in der Schule Konerskiego, in der Schloßstraße, stattfindet. Anmeldungen beim Herrn Lehrer Jablonski in derselben Schule.

Schlechte Geschäftslage im Friseurgewerbe. Vor knapp 8 Monaten sind die Friseurgeschäfte in unserer Gemeinde wie Pilze nach warmem Regen aus der Erde geschossen und wir haben schon damals die Rentabilität dieser Geschäfte angezweifelt. Unsere Voraussage hat sich noch schneller erfüllt, als wir es vermuteten, denn während Herr Friseurmeister Flögel die Situation rechtzeitig erkannte und sein Geschäft seinem Kompagnon Rzepczyk überließ, also einen ehrenvollen Rückzug antrat, ist der Friseurladen Boleslaw, Ecke Beuthener- und Barbarastraße, ganz geschlossen worden. Wer jetzt in der schlechten Geschäftszeit den großen, geräumigen, gleichzeitig teuren Laden übernimmt, bleibt vorläufig auch eine Frage der Zeit.

i. **Bei der Polizei** sind innerhalb 3 Tagen 20 Personen wegen allerlei Delikte zur Anzeige gebracht, vorwiegend wegen Diebstahl. Der Helene Kempa, Schloßstr. 4, hierselbst, stahl ein Kl., von der Hilgerstraße, 50 Zloty. August L. stahl dem B. Dominik Alleisen in Höhe von 75 Zloty. Der Alois Labus aus Eichenau ist in einer hiesigen Wirtschaft seine Geldbörse mit ca. 120 Zloty Inhalt losgeworden, anscheinend war er ein Opfer ihm befreundeter Taschendiebe.

Gerichtliches. Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde der hiesige Arbeiter Paul Maniurka zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

=i= **Kammer-Kino.** In den Kammerlichtspielen läuft nur noch heute der erotische Film „Die Lady ohne Schleier". Die Titelrolle spielt die uns allen in wohlbekannte Lil Dagover mit ihrem eigenen Charme. Ihre Partner sind Gösta Ekman und Hakon Westergreen. Das Trauerjahr der Witwe Paget ist vorüber, sie ist schön und hat von ihrem bedeutend älteren Manne großen Reichtum geerbt. Sie verlobt sich mit Ivor Wellington (Gösta Ekman), am selben Abend entdeckt sie jedoch, daß er nur ihren Geldbeutel, aber andere Mädels liebt. Ihr Bruder verspielt ihr ganzes Vermögen an Olaf Holm (Hakon Westergreen), der sie aus den Fluten rettet und sie heiratet. Sie sehnt sich nach London zurück. Das Radio verrät dem Gatten, daß sie dort mit Ivor zusammen ist und er überrascht sie dort mit Ivor in verfänglicher Lage. Es kommt zum Bruch, aber nach allerhand interessanten Zwischenfällen, führt sie das Weihnachtsfest wieder zusammen. Die wunderbaren und lehrreichen Bilder sind anzusehen, können wir nur empfehlen. — Ab Freitag bis einschl. Montag kommt der erstklassige Sensationsfilm „Bezwinger der 1000 Gefahren" zur Vorführung, auf den wir in unserer Sonnabendnummer näher zurückkommen. Näheres im heutigen Inserat.

Die Aufgabe des Herrn Thomas

Gestern Abend traf Herr Thomas, der Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, in Oberschlesien ein und nahm bei Präsident Calonder in Neudeck Wohnung. Herr Thomas ist Vorsitzender des begutachtenden Ausschusses für Arbeitsfragen, welcher auf Grund des Genfer Abkommens gebildet worden ist und für die Gemischte Kommission Gutachten in Arbeitsfragen abzugeben hat. Dem Ausschuß gehören außer Herrn Thomas als Vorsitzenden 10 Beisitzer an. Je ein Beisitzer wird vom Internationalen Arbeitsamt auf Vorschlag der polnischen bezw. deutschen Regierung ernannt. Dies sind die Herren: Minister Sokal von polnischer und Ministerialdirektor Sitzler von deutscher Seite. Von den übrigen 8 Beisitzern werden 4 von der polnischen und 4 von der deutschen Regierung je zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Anhörung der betreffenden Vertretungen derselben ernannt. Die Namen dieser Herren sind folgende:

Von polnischer Seite:

1. Haase Jerzy, Katowice,
2. Tarnowski Stefan, Katowice, Vertreter der Arbeitgeber.
3. Kot Aloizy, Katowice,
4. Rybicki Stanislaw, Katowice, Vertreter der Arbeitnehmer.

Ihre Stellvertreter:

1. Wojciechowski Marjan, Kopalnia Hoym, Krs. Rybnik.
2. Ciszewski Alexander, Michalkowice.
3. Caspary Emil, Myslowice.
4. Pietrzak Jan, Krolewska Huta.

Von deutscher Seite:

1. Gewerberat a. D. Dr. Tittler, Gleiwitz,
2. Bergassessor a. D. Pyrkosch, Gleiwitz, Arbeitgebervertreter.
3. Bezirkssekretär Franz Karger, Hindenburg O.-S.,
4. Gewerkschaftssekretär Siara, Hindenburg O.-S., Arbeitnehmervertreter.

Als Stellvertreter:

1. Hüttendirektor König, Gleiwitz.
2. Generaldirektor Stähler, Gleiwitz.
3. Gewerkschftssekretär v. Riewel, Beuthen.
4. Gewerkschaftssekretär Lehnert, Gleiwitz.

Bisher ist der Ausschuß nie zusammengetreten. Da im Artikel 586, § 5 des Genfer Abkommens vorgesehen ist, daß der Ausschuß jährlich mindestens 1 Mal auf Einberufung durch den Vorsitzenden zu einer Vollsitzung zusammentritt, wandten sich die Gewerkschaften vor einiger Zeit an Herrn Thomas mit der Bitte, nach Oberschlesien zu kommen und den Ausschuß erstmalig zusammen zu berufen. Herr Thomas hat nun dieser Bitte stattgegeben. Am Mittwoch, den 18. Januar findet um 11 Uhr eine Sitzung von Herrn Thomas mit Herrn Sokal und Herrn Sitzler statt. In dieser Sitzung wird man offensichtlich das weitere Programm für die Zusammenberufung und Tagung des gesamten Ausschusses festlegen.

Wir hoffen, daß die Arbeiten des Ausschusses von Erfolg begleitet sein werden und daß es ihm gelingen wird, eine Besserung der Lage der Deutschen Minderheit in bezug auf ihre arbeitsrechtlichen Verhältnisse zu erzielen.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Freitag, den 20. Januar 1928.

1. hl. Messe für verst. Josefine Chrobaczek, Max und Anton Brejza und verst. Eltern Brejza

2. hl. Messe für verst. Josef Jeschonek.

3. hl. Messe für verst. Franziska Hein und verst. Marie Reimann.

Sonnabend, den 21. Januar 1928.

1. hl. Messe für verst. Joh. Dawczyk und Frau, Karl Dawczyk und Verwandtschaft beiderseits.

2. hl. Messe für Verst. der Freiwilligen Feuerwehr und M. B.

3. hl. Messe für verst. Marie Depta.

Katholische Pfarrkirche Laurahütte.

Freitag, den 20. Januar 1928.

6 Uhr: für verst. Johann und Anton Bautsch, Konstantine Jarzombek, Katharine Wems und Verwandtschaft beiderseits.
6½ Uhr: auf die Intention einer Kranken.

Sonnabend, den 21. Januar 1928.

6 Uhr: für verst. 2 Söhne Kiermasch und Großeltern beiders.
6½ Uhr: zum hl. Herzen Jesu.

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte

Freitag, den 20. Januar 1928.

7½ Uhr: Kirchenchor (Damenprobe).

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Kommunalzuschlag auch bei Befreiung von der Staatseinkommensteuer

Auf Grund von Artikel 27 des Einkommensteuergesetzes wird die Einkommensteuer, falls mehr als ein Familienmitglied zu unterhalten ist, für jedes weitere vom Steuerzahler unterhaltene Familienmitglied um zwei weitere Steuerstufen herabgesetzt. Auf Grund dieser Bestimmung tritt häufig der Fall ein, daß ein Steuerzahler, dessen Einkommen an sich die steuerpflichtige Grenze von 1500 übersteigt, von der Staatseinkommensteuer befreit wird.

In einem solchen Falle sind nichtsdestoweniger die Steuerbehörden berechtigt, den Kommunalzuschlag in Höhe von 4 Prozent des Einkommens des Steuerzahlers, wie es sich ohne Berücksichtigung der auf Grund des obigen Artikels gewährten Ermäßigung ergibt, zu erheben.

Dies hängt damit zusammen, daß im oberschlesischen Teil der Wojewodschaft Schlesien, wo allein der Kommunalzuschlag zur Staatseinkommensteuer erhoben wird, dieser „Zuschlag" eine besondere Steuer darstellt, deren Höhe zwar von dem nach den Grundsätzen des Staatseinkommensteuergesetzes ermittelten steuerpflichtigen Einkommen abhängt, die jedoch in keinem Zusammenhang mit der Höhe der Staatseinkommensteuer steht.

Fortbildungsschule und Gesellenprüfung

Es wiederholen sich die Fälle, wo Lehrlinge nach dem Bestehen der Gesellenprüfungen einfach nicht mehr zum Unterricht in die Fortbildungsschule geschickt werden, ohne daß der Schulleitung eine diesbezügliche Mitteilung gemacht worden wäre. Dadurch leidet der geregelte Schubetrieb. Infolgedessen haben die Magistrate angeordnet, daß die Innungsvorstände in jedem Einzelfalle an die Leitung der Fortbildungsschule eine Anzeige schicken müssen, wenn Lehrlinge die Gesellenprüfung bestanden haben. Die vorgeschriebenen Formulare sind im zuständigen Magistrat erhältlich.

Kattowitz und Umgebung.

Der Schrei auf der Straße.

Auf einmal gellt ein Schrei durch den Lärm der Straße. Die Automobile stoppen ab. Die Bremsen der Straßenbahnen kreischen. Den Fußgängern stockt der Schritt. Und dann legt eine bleierne Stille sich über alles...

Was ist geschehen? Ein armes Menschenkind, das nicht auf seiner Hut gewesen ist, ist zu Boden gerissen und überfahren worden. Jetzt liegt der Junge da — ein armseliges Bündel Kleider. Bedeckt vom Schmutz der Straße. Regungslos. Und über sein Gesicht, das grau geworden ist, zieht sich ein schmaler Blutstreif und versickert.

Er liegt halb auf der Seite. Die Hände sind ausgestreckt als wollten sie nach einer letzten Hilfe greifen, die nicht mehr da war. Sein Haar sieht plötzlich aus wie angeklebt. Und er selbst gleicht kaum noch einem lebendigen Menschen. Er gleicht einer Sache, einem Gegenstand, der entzweigegangen und nutzlos geworden ist, den man in eine Ecke werfen und durch einen anderen ersetzen wird, wenn man ihn braucht. Dieser Mensch, der dort mit zerbrochenen Gliedern unter dem Auto liegt, dieser Mensch war es, der eben jenen gellenden Schrei ausgestoßen hat, der alles zum Stillstand zwang und alles bannte!

Habt ihr einmal jenen furchtbaren Schlag gespürt, jenes Atemstocken, jenes Aussetzen des Herzschlages, wenn mitten im tosenden Gedränge der Straße ein solcher menschlicher Angstschrei gellt? Dieser Menschenschrei übertönt alle Geräusche, das Rasseln der Räder, das Fauchen der Motoren das Gebrüll der Hupen. Er ist der fürchterlichste Laut der Großstadt, der alles versteinern, alles verstummen läßt. Er ist so schrecklich, wie es einst im Felde das Schmerzgeschrei der verstümmelten Kreatur war.

So sticht auch dieser Schrei auf der Straße wie ein Messer nach uns, daß alle Nerven sich zusammenziehen. Die Menschen, denen gar nichts geschehen ist und gar nichts droht, werden schreckensbleich und stehen wie gelähmt. Frauen beginnen zu zittern und zu weinen. Kinder krallen sich an ihre Mütter. Und bleiern legt sich gleichzeitig die Todesschwere, dumpf und erstickend, über die eben noch rasende Straße, daß man nur noch den eigenen Herzschlag zu hören glaubt, der uns bis in den Hals hinauf erschüttert.

Das alles dauert nur sekundenlang. Dann strömen die Helfer zusammen. Man hebt das Auto an, unter dem der Verunglückte liegt. Man hebt den Besinnungslosen vorsichtig vom Pflaster. Dann rennt man nach dem nächsten Telephon, um die Unfallstelle anzurufen. Dann ist bereits der Arzt da, der darüber wacht, daß der Verunglückte nicht falsch angefaßt wird, daß ihm nicht größere Schmerzen verursacht werden, als unvermeidlich ist. Dann entrüstet man sich über die Rücksichtslosigkeit des Straßenverkehrs. Dann sucht man schon Schuld und Schuldlosigkeit zu verteilen.

Nachher! Und wozu? warum? Der Autoführer ist zu schnell gefahren! Möglich. — Der Verunglückte ist leichtsinnig gewesen! Möglich. — Die Verkehrsreglung ist mangelhaft! — Alles ist möglich!

Vorher hat sich niemand um die Dinge, wie sie sind, bekümmert. Und zehn Minuten später wird sich niemand mehr darum bekümmern. Dann ist das Straßenopfer fortgeschafft und liegt in einem weißen Bett im Krankenhause oder auf dem Operationstisch oder in einer Totenhalle. Die Autos rasen wieder wie vorher, und die Passanten sind wieder leichtsinnig.

Die Großstadtstraße aber heult und brüllt die alte Melodie in wildem Rhythmus. Das Leben drängt und stößt sich in den alten Bahnen vorwärts. Bis plötzlich wieder solch ein Menschenschrei gellt und alles in seinem wahnsinnigen Rekordlauf stocken und alle Geräusche verstummen läßt.

Aber niemand lernt aus diesem Schrecken. Mancher wird vielleicht mit einem Nervenkitzel abends zu Hause oder am Stammtisch von dem Erlebten und Gesehenen berichten und abends mit Befriedigung feststellen, daß seine Zeitung pflichtgemäß über den Unglücksfall berichtet. Aber nur in wenigen wird der Schrei nachzittern, den ein Mensch in Not und Todesangst herausstößt.

Volkshochschulkurse: Heute, Donnerstag, beginnen: Polnisch für Fortgeschrittene, 7.20 Uhr in der Teichschule, 8 Uhr, Englisch für Fortgeschrittene im Lyzeum, Chemie, 8 Uhr im Chemiezimmer der Mittelschule, Polnisch, 7 Uhr im Lyzeum. Nähere Auskunft sowie Meldungen zu diesen Kursen, wie auch zu dem in übernächster Woche beginnenden englischen und polnischen Anfängerkursus in der Buchhandlung von Hirsch.

Lautenliederabend von Ewald Cwienk. Am Sonntag, den 29. Januar, veranstaltet die Volkshochschule Kattowitz einen Volksliederabend unseres beliebten heimischen Lautensängers Ewald Cwienk, der dafür ein besonders gewähltes Programm zusammenstellen wird. Ferner wird die neugegründete Kattowitzer Singgemeinde unter Leitung von Herrn Klose dabei mitwirken. Der Vorverkauf beginnt Anfang [illegible] Woche, in den Buchhandlungen von Siwinna und Hirsch

Wie man auf die Anklagebank kommt. Gegen den Schlosser Max Koroner aus Josefsdorf erstattete der eigene Bruder bei der Polizei darüber Anzeige, daß sich ersterer mit der Fälschung von Verkehrskarten befasse. Bei der Hausdurchsuchung wurden etwa 10 Stück photographische Platten, sowie eine Verkehrskarte, ausgestellt auf einen fremden Namen, vorgefunden. Daraufhin wurde dem Max K., welcher sich einige Stunden nach der Hausdurchsuchung beim Polizeikommissariat eingefunden hatte, erklärt, daß seine Festnahme erfolgen müsse. Der Arretierte leistete hartnäckig Widerstand und versuchte seine Festnahme dadurch zu vereiteln, indem er sich heftig an den Türpfosten klammerte. Später stürzte sich K. auf den Polizeibeamten und bearbeitete diesen in sinnloser Wut mit den Fäusten. Zwei weitere Schutzleute wurden herangezogen und führten den sich Sträubenden nach der Zelle ab. Der Arretierte beging in der Erregung noch die Unvorsichtigkeit, den Polizeibeamten Beschimpfungen an den Kopf zu werfen. Wegen Widerstand und Beleidigung wurde Max Korona am Mittwoch durch Urteil des Kreisgerichts in Kattowitz mit vier Monaten Gefängnis bestraft. — Wegen einem ähnlichen Delikt in einem anderen Falle wurde derselbe Angeklagte zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Dagegen mußte Korona, welcher als Opfer seines Jähzorns anzusehen ist, von der Anklage der Verkehrskartenfälschung mangels genügender Beweise freigesprochen werden.

Börsenkurse vom 19. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau .	1 Dollar	amtlich	= 8 91¾ zł
		frei	= 8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.003 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	212.75 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	47.093 Rmk.

Gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt. In der großen Sacharin-Schmuggelaffäre wurde von den Hauptangeklagten Kaufmann Wolff Smigrod aus Bendzin, Vermittler Alfred Hermstein und Kaufmann Karl Labus aus Kattowitz gegen das erfolgte Urteil und hohe Strafausmaß Revision eingelegt. Die Genannten wurden seinerzeit zu einer Geldstrafe von je 143 000 Zloty und je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Inzwischen ist Kaufmann Smigrod nach vorheriger Hinterlegung einer Kaution vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden.

Vergehen an Minderjährigen. Der 46 Jahre alte Maurer Josef R. aus Zawodzie wurde beschuldigt, an einem 9jährigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben und deswegen zur Anzeige gebracht. Gestern hatte sich R. vor dem Landgericht Kattowitz zu verantworten. Eine Schuld wurde festgestellt und der Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Wegen dem gleichen Vergehen in einem anderen Falle hatte sich vor Gericht überdies der Arbeiter Paul M. aus Michalkowitz zu verantworten. Das Urteil für M. lautete gleichfalls auf ein Jahr Gefängnis. Beide Verhandlungen wurden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt.

Königshütte und Umgebung.

Aus Liebe. Vorgestern abends in der 8. Stunde überfiel der mit der 16jähr. Grete M. verlobte Photograph Gustav M. seine Braut, mit der er erst seit den Weihnachtsfeiertagen verlobt war, in ihrer Wohnung auf der Katowicka 45 — Kattowitzerstraße, Königshütte und gab auf sie 5 Schüsse ab, von denen der eine die Braut in die Bauchgegend, wie auch ihre Mutter am Oberschenkel schwer und ihren Bruder an der Hand leicht verletzt. Die Ursache zu dieser Tat war Liebesgram. Schon kurze Zeit nach der Verlobung bemerkte der Bräutigam an seiner Braut eine ungewohnte Kühle, die sogar zur Abneigung wurde. Die Vorhaltungen deshalb blieben ergebnislos. Auch Undankbarkeit spielte hier in gewissem Sinne eine Rolle. Nachdem die ernstesten Vorhaltungen nicht gefruchtet hatten, scheint der junge Mann scheinbar in einem Wutanfall, die Tat verübt zu haben. Als die Angehörigen sahen, daß M. plötzlich zum Revolver griff, versuchten sie ihn abzuwehren und bei dieser Gelegenheit wurden auch sie mit verletzt. Die beiden Schwerverletzten wurden ins städtische Lazarett geschafft. Sie liegen hoffnungslos darnieder. Der Täter dagegen wurde sofort festgenommen. Er gibt an, daß ihm seine Tat unerklärlich erscheine und sie nur auf seinen Wutanfall zurückzuführen wäre. Er hätte, wenn er nicht daran gehindert worden wäre, sich selbst nach der Tat, die er schwer bereue, ums Leben gebracht.

Rybnik und Umgebung.

Blutige Liebestragödie. Gestern nachmittag spielte sich im Kreiskrankenhaus in Loslau eine blutige Liebestragödie ab. Der 22 Jahre alte Barbiergehilfe Klügler aus Pschow hatte mit dem im Kreiskrankenhaus beschäftigten 19jährigen Dienstmädchen Thomiczek aus Groß-Gorschütz ein Liebesverhältnis, welches das Mädchen lösen wollte. Gestern nachmittag kam Klügler ins Krankenhaus und traf seine Geliebte allein im Dienstbotenzimmer an. Nach kurzer Auseinandersetzung, in deren Verlauf das Mädchen ihm die Tür wies, zog der junge Mann einen Revolver und gab auf das Mädchen drei Schüsse ab, das in den Hals getroffen blutüberströmt niedersank. Unter Zurücklassung der Mordwaffe und des Mantels ergriff Klügler die Flucht. Das Mädchen gab noch Lebenszeichen von sich, doch wird an ihrem Aufkommen gezweifelt. Heute vormittag wurde gemeldet, daß sich auf der Eisenbahnstrecke Rybnik—Loslau ein junger Mann vor den aus Loslau kommenden Zug geworfen habe und auf der Stelle getötet wurde. Bei Feststellung der Personalien des Toten ergab sich, daß es sich um Klügler handelt, der die ganze Nacht herumgeirrt war und seine grausige Tat mit dem eigenen Tode gebüßt hatte.

Drei Kinder im brennenden Bett erstickt. Gestern nachmittag wurden in der Wohnung des Ehepaares Mandryjz die drei Kinder im Alter von 5, 3 und 2 Jahren erstickt aufgefunden. In Abwesenheit der Eltern, die die Kinder ohne Aufsicht im Hause ließen, geriet das Stroh des Bettes, in welchem die Kinder schliefen, durch den in der Nähe stehenden eisernen Ofen in Brand. Da die Wohnung verschlossen war, konnten die Kinder nicht ins Freie gelangen und fanden durch den entstehenden Qualm den Erstickungstod. Die eingeleiteten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg, da die Totenstarre bereits eingetreten war. Gegen die fahrlässigen Eltern ist Anzeige erstattet worden.

Schwere Unglücksfälle auf der Hoymgrube. Das Opfer eines eigentümlichen Unglücksfalles wurde ein Kutscher der Hoymgrube. Er glitt auf dem Grubenhof so unglücklich aus, daß er unter die Räder des eigenen Gespanns geriet. Dadurch, daß dem Unglücklichen durch die Wagenräder der Brustkorb zerquetscht wurde, trat sofortiger Tod ein. — Mehr Glück hatte auf derselben Anlage ein Grubenarbeiter, der in die Tiefe des Schachtes stürzte und bestimmt ein Kind des Todes gewesen wäre, wenn er nicht die Geistesgegenwart besessen hätte, sich an das Förderseil zu klammern. Diese wunderbare Rettung darf in der Geschichte der Bergwerksunfälle wohl einzig dastehen.

Ausführungsverordnung zum neuen Angestelltenversicherungsgesetz

Im „Dz. U. Rp." Nr. 18, Pos. 1016, ist eine Ausführungsverordnung vom 22. 12. 1927 des Ministeriums für Arbeit- und soziale Fürsorge zum Angestelltenversicherungsgesetz vom 24. 11. 1927 erschienen. Die Verordnung regelt insbesondere die Bildung der Versicherungsanstalten, die Form des Diensteides bezw. -Versprechens, die Fristenberechnung, die finanzielle und rechnerische Trennung der Arbeitslosen- und Angestelltenversicherung, das Verhältnis der Wanderversicherten, die Form der Meldungen, und der Geltendmachung der Ansprüche auf Leistungen und die Kapitalisierung der Renten. Die Uebergangsbestimmungen enthalten weiterhin gewisse Erleichterungen für die Versicherten.

Durch Durchführung des Gesetzes sind vier Versicherungsanstalten vorgesehen, und zwar außer den bereits bestehenden in Königshütte, Posen und Lemberg eine neu zu bildende Anstalt in Warschau. Die Königshütter Anstalt wird die ganze Wojewodschaft Schlesien einschließlich Teschen-Schlesien sowie die Kreise Bendzin, Zawiercie und Olkusz der Wojewodschaft Kielce umfassen. Die bisherigen Organe der Königshütter Anstalt bleiben bis zur Neuwahl bestehen.

Beim Wechsel des Dienstverhältnisses aus dem Angestellten- ins Arbeiterverhältnis oder umgekehrt, kann sich der Versicherte (Wanderversicherte) für ein Weiterverbleiben bei der für ihn bis zu diesem Wechsel maßgebenden Versicherung erklären. In diesem Falle lasten sowohl auf ihm als auch auf dem Arbeitgeber die Verpflichtungen aus dieser maßgeblichen Versicherung.

Die Verordnung legt ferner die Form der Vordrucke fest, die bei Bewerkstelligung der durch Gesetz verlangten verschiedenartigen Meldungen seitens der Arbeitgeber zu verwenden sind. Diese Vordrucke werden bei den Versicherungsanstalten und den Krankenkassen erhältlich sein. Auf Grund der Meldungen legt die Anstalt eine Karte an, auf Grund derer wiederum jedem Versicherten eine Versicherungskarte ausgestellt wird, die alle 5 Jahre umgetauscht werden muß.

Wie bereits aus dem Gesetz selbst hervorgeht, sieht dasselbe eine Neuerung vor insofern, als die Erledigung verschiedener Funktionen den Krankenkassen, unter denen der neuen Verordnung zur Folge in Oberschlesien die allgemeinen Ortskrankenkassen zu verstehen sind, übertragen wird. Diese Funktionen erstrecken sich in erster Linie auf die Vermittlung bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Gesetz. Die Verordnung legt nunmehr ausführlich fest, welche Ansprüche durch die Vermittlung der Krankenkassen und welche direkt bei der Versicherungsanstalt geltend zu machen sind, unter gleichzeitiger Aufzählung all derjenigen Unterlagen, die bei Stellung des Antrages jeweilig beizubringen sind.

Während des 1. Jahres nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wird den arbeitslosen Angestellten, die sich in besonderer Not befinden, die im Gesetz vorgesehene Unterstützung auch bei nichterfüllter Wartezeit (6 Beitragsmonate) zuerkannt. Denjenigen Arbeitslosen, die bereits Unterstützungen beziehen oder die im Laufe der Monate Januar und Februar 1928 einen Anspruch auf die Unterstützung erwerben, werden während dieser Zeit die im neuen Gesetz vorgesehene Unterstützung erhalten unter dem Vorbehalt jedoch, daß die im Gesetz vorgesehene Unterstützungsdauer noch nicht erschöpft ist. Diese höheren Leistungen werden dem betreffenden Berechtigten erst ab 1. März unter gleichzeitiger Auszahlung der Differenz für die Monate Januar und Februar ausgezahlt.

Die Verordnung sieht weiterhin vor, daß Personen, die auf Grund der bisherigen Gesetze versichert waren und ihre ehemals erworbenen Ansprüche infolge von Unterbrechungen verlustig gegangen sind, bis zum 30. Juni 1928 Anträge mit dem Ersuchen um Wiederherstellung der Ansprüche an die Rentenkommission richten können, die diese Anträge dem Minister für Arbeit und soziale Fürsorge zur Entscheidung vorlegt.

Bei der Prüfung und Beurteilung der Frage, inwieweit die die Unterbrechung begründenden Umstände einen unverschuldeten Grund darstellen, sollen u. a. insbesondere wiederholte Aenderungen der Einkommensgrenze, Arbeitslosigkeit, sowie Mangel an Mittel für eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung Berücksichtigung finden. Mit Rücksicht darauf, daß die infolge Unterbrechung erloschenen Anwartschaften nach erneuter Zahlung einer im Art. 113 des Gesetzes bestimmten Anzahl von Beiträgen wiederum aufleben, ist letztere Bestimmung unverständlich. In jedem Falle wäre eine Präzisierung, ob von dieser Möglichkeit sämtliche Betroffenen Gebrauch machen müssen, oder ob diese nur in Ausnahmefällen in Frage kommen, sehr am Platze.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitansage. Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Freitag, den 20. Januar. 16.30—18.00: Unterhaltungskonzert. — 18.00: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauen-Bundes Breslau. — 18.50—19.20: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. — 19.20—19.50: Stunde der Deutschen Reichspost. — 20.00: Fröhlicher Karl Zander-Abend. — Anschließend: Die Abendberichte und Zehn Minuten Esperanto, Silberberg, das schlesische Gibraltar.

Sonnabend, den 21. Januar. 15.45—16.15: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde mit Büchern. — 16.15—16.30: Die Filme der Woche. — 16.30—18.00: Unterhaltungskonzert. — 18.00: Stunde mit Büchern. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.00—19.30: Hans-Bredow-Schule, Abt. Staatskunde. — 19.30—20.00: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 20.10: Violinkonzert Licco Amar. — 21.10: Schlager-Abend. — In der Pause: Die Abendberichte.

Kattowitz — Welle 422

Freitag. 16.20 und 16.40: wie vor. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.30: Vortrag. 19.55: Uebertragung aus Warschau. 22.00: Tägliche Berichte.

Sonnabend. 16.20: Berichte. 16.40: Polnischer Sprachunterricht. 17.05: Berichte. 17.20: Uebertragung aus Krakau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22.00: Tägl. Berichte. 22.30: Konzertübertragung.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", naklad drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.



Nach einem arbeitsreichen Leben verschied am Dienstag, den 17. Januar 1928 nach schwerem, mit seltener Geduld ertragenen Leiden, gestärkt mit den Gnadenmitteln unserer hl. Kirche, mein lieber Lebensgefährte, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater,

der Fleischermeister

Franz Kosyra

im ehrenwerten Alter von 93 Jahren.

Siemianowice, Król. Huta, Mała Dąbrowka, Altona-Ottensen, Zippnow, den 17. Januar 1928

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Berta Kosyra, geb. Zeinert.

Beerdigung am Sonntag, nachm. 2 Uhr vom Trauerhause ul. Głowackiego (Böhmstr.) 4. — Requiem am Montag, vorm. 9 Uhr in der Pfarrkirche Laurahütte.